

Pressemitteilung



PM_KS_080926_mr

26. September 2008

mr

www.region-nordhessen.dgb.de

Mobilität von Armen muss gewährleistet werden

Der DGB Nordhessen unterstützt die Kasseler Initiative für ein Sozialticket und setzt sich mit ihr gemeinsam dafür ein, dass es dieses Ticket im Tarifgebiet des NVV geben wird. Die derzeitigen Sätze des Arbeitslosengeldes (ALG) II seien zu niedrig, als dass sie Menschen ausreichende Bewegungsfreiheit sicherten. „Aus diesem Grund fordern wir die Einführung vergünstigter Monatstickets für ALG-II-Empfänger, Aufstocker und Rentner in der Grundsicherung“, erklärt Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Nordhessen.

Gerade im ländlichen Raum seien die Menschen darauf angewiesen, mobil zu sein. Größere Geschäfte, Krankenhäuser oder Fachärzte befinden sich oftmals nur in Kreisstädten oder kleineren Zentren. Die Erreichbarkeit solcher Einrichtungen muss jederzeit gesichert sein. Aus diesem Grund müsse ein Ticket eingeführt werden, mit dem Bezieher von Sozialleistungen für 15 Euro einen Monat lang auch wirklich mobil sind. „Armut darf nicht die Abkopplung vom gesellschaftlichen Leben und schon gar nicht die Verbannung nach Hause bedeuten“, erklärt Rudolph weiter.

Das ALG II errechne sich aus mehreren Bestandteilen, aus denen sich der monatliche Mindestbedarf einer Person zusammensetzt. Für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs werden derzeit 15,70 Euro veranschlagt. Diese Summe erlaube es den Menschen jedoch nicht, sich in ihrer direkten Umgebung frei zu bewegen. Die Preise des NVV seien in den letzten Jahren nicht zuletzt wegen gestrichener Mittel des Landes Hessen immer weiter gestiegen. So reiche dieser Betrag nicht einmal für drei Rückfahrten im Tarifgebiet Kassel plus, aber auch in Kassel selber sei das Budget schnell ausgeschöpft.

Bereits in anderen Städten und Regionen Deutschlands wurde ein Sozialticket erfolgreich eingeführt. So können die Menschen beispielsweise in Dortmund, Köln, aber auch ganz Brandenburg diese Möglichkeit bereits nutzen. Das Angebot bedeute hier auch die Steigerung der Attraktivität von Bussen und Bahnen. Die dortigen Verkehrsverbände konnten ihre Fahrgastzahlen ordentlich steigern, was den größten Teil Mindereinnahmen durch den niedrigeren Preis kompensierte. „Wir sehen aber auch den Landkreis und die Stadt Kassel in der Pflicht, den NVV

hinsichtlich eventueller Ausfälle zu unterstützen“, konkretisiert der Vertreter des DGB die Forderung seiner Organisation.

„Wichtig ist es den Menschen zu gewährleisten, mit dem Geld auszukommen. Das gilt erst recht, wenn vorgerechnet wird, wie es ausgegeben werden soll“, bekräftigt Michael Rudolph abschließend.

Am Montag den 29.08.09 wird die Kasseler Initiative für ein Sozialticket in der Zeit zwischen 15.00 Uhr und 16.00 Uhr Briefe mit ihrem Anliegen an die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung überreichen.